

Jürgen Maier
LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

Referat bei der Arbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte
Baden am 30.9.1993

Thema: Gemeinwesenorientierte Sozialarbeit in Sozialen
Brennpunkten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren!

Bis vor einem halben Jahr war ich selbst unmittelbar in der Projektarbeit im Sozialen Brennpunkt in Darmstadt tätig. 17 Jahre arbeitete ich mit dem Arbeitsansatz der Gemeinwesenarbeit unmittelbar vor Ort. Jetzt wurde ich gebeten, Ihnen bei der Neuorientierung Ihrer Arbeit behilflich zu sein. Es fiel mir gar nicht leicht, mich auf diese Aufgabe einzulassen, weil ich mich fragte, ob ich Ihnen denn so viel Neues bieten könne. Aber vielleicht kommt es darauf gar nicht an. Ich kenne ähnliche Prozesse. Gerade in den letzten Jahren haben wir uns im Projekt immer wieder mit unserem GWA-Verständnis befaßt und haben in Arbeitskreisen - u.a. auch auf der Ebene des diözesanen Arbeitskreises von Caritasverband und Diak. Werk in Mainz - über die Weiterentwicklung von Gemeinwesenarbeit diskutiert. Es war immer ein Ringen zwischen dem Festhalten an Bewährtem und dem sich auf etwas Neues, Unbekanntes einlassen. Wir spürten, daß manches so nicht mehr funktionierte wie früher, z.B. die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner. Taten uns aber bei der Suche nach neuen Formen der Bewohnerarbeit sehr schwer. Wir spürten ähnlich wie Sie, daß sich der Brennpunkt auch zum

1

Positiven hin verändert hat, daß sich aber gleichzeitig neue Brennpunkte entwickeln, daß sich Armut längst nicht mehr auf die Brennpunkte beschränkt. Massiver Sozialabbau und Ausländerfeindlichkeit stellten sich uns als neue Herausforderung. Mit einer ausschließlichen auf die Siedlung, den Brennpunkt bezogene Gemeinwesenarbeit kamen wir da nicht weiter. Sie haben diese Diskussion offensichtlich auch geführt und sind in Ihrer Konzeption zu Schlußfolgerungen gekommen, die es nun gilt umzusetzen. Ähnliche Diskussionen werden in Hessen und anderswo auch geführt, vielleicht auf Grund unterschiedlicher Bedingungen mit anderen Akzenten. Auch wir in der LAG Soziale Brennpunkte Hessen sind gerade dabei, Veranstaltungen zu planen, um Kolleginnen und Kollegen Unterstützung bei der Neuorientierung ihrer Arbeit anzubieten. Weil das eine spannende Diskussion ist und mich Veränderungen interessieren, habe ich mich dann doch auf diesen Beitrag hier eingelassen.

Zunächst möchte ich etwas sagen zur Inflation der Begriffe in der Gemeinwesenarbeit, werde die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in Hessischen Sozialen Brennpunkten unter Einbeziehung meiner persönlichen Erfahrung skizzieren, um den Hintergrund für den Veränderungsbedarf zu schaffen. Danach möchte ich einige zentrale Anforderungen an Gemeinwesenarbeit auf dem Hintergrund der Hessischen Erfahrungen formulieren und dann abschließend Anforderungen an Projektträger und die in den Projekten tätigen Kolleginnen und Kollegen aufzeigen.

2

1. Zur Inflation der Begriffe in der Gemeinwesenarbeit

Zentrale Zielsetzung meines Verständnisses von Gemeinwesenarbeit ist die Verbesserung der Lebensbedingungen von sozial benachteiligten Menschen in Sozialen Brennpunkten und Stadtteilen. Ich verstehe Gemeinwesenarbeit als Aktivierungs- und Beteiligungsstrategie, um og. Ziel mit den Betroffenen zu erreichen. Sie setzt auf verschiedenen Handlungsebenen an. Einerseits fördert sie die Betroffenen in ihrer Lebenswelt durch konkrete Unterstützung, andererseits will sie Institutionen verändern und Politik gestalten. Diese politische Orientierung ist für mich immer ein wesentlicher Bestandteil von Gemeinwesenarbeit. Dieses, vielleicht 'alte' Verständnis von Gemeinwesenarbeit, häufig auch verbunden mit einem eindeutigen Arbeitsauftrag Gemeinwesenarbeit zu machen, wurde vor einigen Jahren zunehmend in Frage gestellt. Es war dann die Rede vom 'Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit' oder von der 'GWA-Orientierung sozialer Arbeit'. Den letztgenannten Begriff verwenden auch Sie in Ihrem Konzept. Mit diesen Begriffen ist häufig soziale Arbeit verbunden die sich nicht nur auf den Einzelnen oder auf eine Gruppe bezieht, sondern das Wohnumfeld und seine Auswirkungen mit berücksichtigt. So beteiligt sich z.B. eine gemeinwesenorientierte Kindertagesstätte an Stadtteilfesten und arbeitet in einem Stadtteilarbeitskreis mit. Oder eine gemeinwesenorientierte Beratungsstelle des Caritasverbandes in einem Stadtteil bietet über die Einzelberatung hinaus eine Sozialhilfegruppe an. Das sind wichtige und notwendige Ansätze. Zur "Gemeinwesenarbeit" fehlen

ihnen i.d.R. die mit Betroffenen angestrebten Veränderungsbemühungen. Es wurde dann noch der Begriff der 'Stadtteilorientierten sozialen Arbeit' eingeführt. Von Ihren Vertretern wurde der 'traditionellen' Gemeinwesenarbeit, die ihren Handlungsspielraum nicht auf den Stadtteil ausschließlich begrenzen wollte und eindeutig politische Veränderungsabsichten hatte, eine eindeutige Absage erteilt. In der Diskussion um Begriffe von Gemeinwesenarbeit gab es dann auch die Abgrenzung von Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung, es wurde die Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld von Bürgerinitiativarbeit und Dienstleistungsbetrieb diskutiert und nicht zuletzt die Gemeinwesenarbeit mit einem eindeutigen Brennpunktbezug mit einem Lebenslagenkonzept (Armut) verbunden, manchmal auch abgegrenzt. Ich bin kein Vertreter dieser Abgrenzungsdebatte um die "richtige" GWA". Alle Ansätze können wichtige Beiträge zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in der Siedlung oder im Stadtteil leisten. Die Unterstützung einer Mieterinitiative im Stadtteil, die sich für die Sanierung von Schlichtwohnungen einsetzt und die gleichzeitige Beratung der Mieterinnen und Mieter in Sozialhilfefragen im Sinne einer professionellen Dienstleistung, widersprechen sich meines Erachtens in keiner Weise innerhalb eines Gemeinwesenarbeitsprojektes. Im Gegenteil - es gehört zusammen und ergänzt sich. Ebenso halte ich es für sinnvoll, die Brennpunktbezogenheit von Gemeinwesenarbeit durch ein Konzept zu ergänzen, welches die Lebenslage Armut im Stadtteil mit einbezieht. In der letzten Zeit wird der Ansatz der Community-Organisation (CO) in der Bundesrepublik diskutiert und geprüft, welche

Elemente dieses amerikanischen Konzeptes die Gemeinwesenarbeit in der Bundesrepublik gerade im Hinblick auf Aktivierungsstrategien, die meines Erachtens in den letzten Jahren zu kurz gekommen sind, wieder neu beleben könnten.

Ich meine, wir sollten wegkommen vom Glaubensbekenntnis GWA, diesen Begriff entmythologisieren und eher darauf achten, was wir von den verschiedenen Ansätzen in unserer jeweiligen Situation in der Siedlung, im Stadtteil gebrauchen können. Wir sollten aber auch aufpassen, daß nicht alles Gemeinwesenarbeit genannt wird, was in der Sozialarbeit irgendwie mit einem Stadtteil zu tun hat. Die in den Stadtteil ausgelagerte Sozialberatungsstelle eines Verbandes kann hier wichtige Funktionen erfüllen, aber sie ist noch lange keine Gemeinwesenarbeit.

2. Zur Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in Hessischen Sozialen Brennpunkten

Ich möchte mit dem nun folgenden, historischen Exkurs den Hintergrund für veränderte Anforderungen an Gemeinwesenarbeit darstellen. Die Gemeinwesenarbeit in Hessischen Sozialen Brennpunkten entwickelte sich seit Ende der 60iger Jahre über studentische Initiativen für die Einrichtung von Spiel- und Lernstuben in Obdachlosenunterkünften. Der Ansatz war im wesentlichen ausgerichtet auf die Verbesserung der Situation der Kinder mit einem kompensatorischen Ansatz. Es gründeten sich dann in verschiedenen Hessischen Städten - ausschließlich in Obdachlosensiedlungen -

Vereine, die als Ergebnis der Fachdiskussion bereits meist eine umfassendere Zielsetzung verfolgten:

Es wurde die Kinderarbeit um die Jugend- und Erwachsenenarbeit im Sinne einer umfassenden Gemeinwesenarbeit erweitert. Prinzipien dieses Ansatzes waren die Parteilichkeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, die Arbeit stand unter der Prämisse 'nichts ohne die Bewohner', es gab eine eindeutige Konfliktorientierung gegenüber den Kommunen. Die gesellschaftliche Integration der Obdachlosen sollte über die Stärkung ihres eigenen Selbstbewußtseins erfolgen (Stichworte: Obdachlose als revolüt. Subjekt, Randgruppenstrategie in den Augen von stud. Projektgruppen). Dieses Verständnis, vertreten auch von der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte, die sich 1974 als Verein konstituierte, floß bereits 1973 in einen ersten Erlaß des Hessischen Sozialministeriums ein: Erlaß zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen. Wesentliche Zielsetzung dieses Erlaßes, der eine eindeutige Abkehr vom Verschlundungsprinzip signalisierte, war, die Aufmerksamkeit der kommunalen Verwaltungen auf diese Wohngebiete zu lenken, um in möglichst enger Zusammenarbeit aller Stellen (auch der freien Träger) die Wohn- und Lebenssituation der Bewohner zu verbessern. Er enthielt auch die zentrale Aufforderung, die Bewohnerinnen und Bewohner an allen Entscheidungen zu beteiligen und Bewohnervertretungen (Bewohnerräte), die als Ansprechpartner dienen sollten, einzurichten. Dieser Erlaß war und ist noch Grundlage für die Förderung vielfältiger sozialer Arbeit (Gemeinwesenarbeit) in den Obdachlosen-

siedlungen und in Stadtteilen mit ehemals Obdachlosen. Neben den weiterhin bestehenden Spiel- und Lernstuben, entwickelten sich Jugendclubs, Frauengruppen und verschiedene Formen von Bewohnerbeteiligung (z.B. auch Bewohnerversammlungen). Ziele dieser Arbeit waren das Öffentlichmachen und Skandalisieren der miserablen Zustände, und um die Politik auf diese aufmerksam zu machen. Durch aktives Einbeziehen der Bewohner, sollte deren Selbstbewußtsein gestärkt und die Selbstorganisation gefördert werden. Ziel war auch die Verbesserung der gesundheitlichen Situation und der Bildungssituation der Bewohnerinnen und Bewohner, die Begrenzung des Zuzugs weiterer Obdachloser (Einweisungsstopp), Verbesserungen der Wohnverhältnisse und der Ausbau der Infrastruktur. Viele dieser Ziele der ersten 10 Jahre sind erreicht worden, vor allem zahlte sich die Arbeit mit den Kindern in den Spiel- und Lernstuben dahingehend aus, daß mittlerweile wesentlich weniger die Sonderschule besuchen.

Mit Beginn der 80er Jahre, wirtschaftlicher Rezession, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau veränderte sich die Situation für die Sozialarbeit. Es wurde zunehmend deutlicher, daß die Armut sich ausweitete, daß sie sich längst nicht mehr auf die Sozialen Brennpunkte beschränkte und daß Initiativen über den engen Brennpunktrahmen hinaus, erforderlich sind. Wir veranstalteten Aktionstage gegen Rotstift-Politik und gründeten Sozialhilfeinitiativen. Es wurde notwendig, mit anderen Gruppen und Initiativen in der Stadt zu kooperieren wobei wir auch, allerdings mit geringem Erfolg, Bewohner einzubeziehen versuchten. Als Mitte

der 80er Jahre immer deutlicher wurde, daß immer mehr Menschen aus den Siedlungen - Jugendliche wie Erwachsene - keine Chance für eine dauerhafte Beschäftigung mehr erhalten werden, machten sich verschiedene Projekte Gedanken über die Möglichkeit einer tarifentlohnnten und qualifizierenden Beschäftigung außerhalb des ersten Arbeitsmarktes (Integrationsziel: 1. Arbeitsmarkt). Denn das Leben mit der Sozialhilfe sollte nicht die Perspektive sein. Die politischen Verhältnisse in Hessen, mit einer ersten rot-grünen Zusammenarbeit (Tolerierung), schafften dann auch die notwendigen Voraussetzungen, um erste Beschäftigungsprojekte im Sinne von 'Arbeit statt Sozialhilfe' zu gründen. Diese Projekte gingen zwar von den Sozialen Brennpunkten aus, bezogen aber in der Regel vergleichbar Betroffene aus dem weiteren Umfeld mit ein. Meist gründeten sich hierfür eigene Beschäftigungsträger als Vereine und Gesellschaften. Mit der verstärkten Einrichtung von Stellen im Rahmen eines Landesprogramms "Arbeit statt Sozialhilfe" (1992), durch welches die Städte und Gemeinden gefördert wurden für sozialhilfeberechtigte tariflich bezahlte Arbeitsplätze befristet einzurichten (BSHG), konnte die Diskussion um die Zwangsarbeit nach dem BSHG weitgehend beendet werden. Nachholbedarf gab es nach wie vor in Bezug auf die Wohnsituation in den Siedlungen. Für die schlechtwohnungen und Einfachstunterkünfte bestand - sofern sie überhaupt erhaltenswert waren - ein dringender Sanierungsbedarf. Alternativ ging es um die Frage, was denn aus der jeweiligen Siedlung werden soll. Es gelang mit Hilfe der IAG Soziale Brennpunkte und unter den Bedingungen einer Landespolitik, die

diesen Bedarf ebenfalls sah, und sich nach wie vor dem Erlaß von 1972 verpflichtet fühlte, entsprechende Hausmittel im Landeshaushalt zu plazieren. In der Folge wurde es möglich, daß zahlreiche Siedlungen im Rahmen von Stadtteilentwicklungskonzepten saniert werden konnten. Hierzu gehörte je-weils auch die Gestaltung des Wohnfeldes, der Ausbau der sozialen Infrastruktur, z.B. durch Gemeinschaftsräumlichkeiten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner fanden im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen (z.B. Sanierungswerkstatt) eine qualifizierende Beschäftigung und konnten für sich wieder berufliche Perspektiven entwickeln. Außerordentliche Bedeutung hatte dabei der Aspekt, daß mit der Arbeit die eigene Situation in der Siedlung verändert werden konnte. Ein Schwerpunkt wurde auch auf Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für Frauen gelegt. So haben z.B. Kolleginnen aus dem Projekt, in dem ich lange gearbeitet habe, eine Nähwerkstatt mit Kinderbetreuung (eigener Verein) gegründet, in der vor allem junge Mütter und ausländische Frauen und Mädchen eine Ausbildung zur Industriehäherin absolvieren. In einem anderen Projekt (Wiesbaden, Mühlatal) kochen Frauen in einem Hauswirtschaftsprojekt das Mittagessen für die Kinder angrenzender Kindertagesstätten und bereiten einen Mittagstisch für ältere Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung.

Das verstärkte Interesse von Frauen sowie der Druck, Geld verdienen zu müssen, führte auch zu neuen Anforderungen an die Kinderbetreuungseinrichtungen in den Siedlungen und

Stadtteilen (z.B. bzgl. Öffnungszeiten). Spiel- und Lernstuben sind dabei, sich an verschiedenen Stellen zu sog. 'normalen' Kinderbetreuungseinrichtungen, Kindertagesstätten zu entwickeln. Mit der eindeutigen Tendenz der Öffnung der Einrichtung auch für - soweit vorhanden - den angrenzenden Stadtteil.

Wohnungsnot und zunehmende Obdachlosigkeit führen allerdings immer mehr dazu, daß sich einzelne Siedlungen wieder verdichten und die Gefahr besteht, daß bereits erzielte Erfolge in Bezug auf die Entwicklung der Siedlung gefährdet sind und es zu erneuter Verdichtung kommt. Eine Konsequenz von Gemeinwesenarbeit in dieser Situation ist das Sichern von Wohnungsverhältnissen in dieser Situation ist das Sichern von Wohnungsverhältnissen mit der Vermeidung von Obdachlosigkeit, mit präventiven Formen von Wohnungssicherung (Empfehlungen des Deutschen Städtetages).

In zahlreichen Hessischen Siedlungen hat sich die Struktur der Bewohnerinnenschaft gegenüber vor einigen Jahren erheblich verändert. In der Siedlung, in der ich gearbeitet habe betrug der Anteil an Nichtdeutschen ca. 25%. Eine offene Ausländerfeindlichkeit konnte ich zwar nicht feststellen, die Ab- und Ausgrenzung, der 'alltägliche Rassismus' war jedoch offensichtlich. Gute Wahlergebnisse rechter Parteien in z.B. Altstadtvierteln und Neubaugebieten sprechen eine deutliche Sprache.

Mir selbst ist beim Aufschreiben dieser Entwicklung sehr deutlich geworden, wie sich die Rahmenbedingungen für Ge-

meinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten in Hessen verändert haben (Abbau der 'Feindbilder' z.B.). Und damit muß Gemeinwesenarbeit ungehen. Allerdings ist auch festzustellen, daß es dabei je nach lokaler Situation große Ungleichzeitigkeiten gibt. Dies ist bei der Erstellung eines Konzeptes und seiner Umsetzung dringend zu berücksichtigten. Ich möchte noch einen Punkt benennen, der nach meinen Erfahrungen Gemeinwesenarbeiter und Bewohnerinnen und Bewohner am stärksten hindert zu handeln: nämlich das Gefühl, angesichts massiven Sozialabbaus, wachsender Wohnungsnot und Armut letztendlich doch nichts grundlegend verändern zu können. Dieses führt aber vielleicht auch zu der realistischen Erkenntnis, daß Gemeinwesenarbeit 'nur' Beiträge zur Verbesserung der Lebensbedingungen leisten kann, daß sie wie jeder andere soziale Arbeit kaum an die Wurzeln des Übels heran kommt, nämlich an die ungerechte Verteilung des nach wie vor bestehenden gesellschaftlichen Reichtums. Und es braucht gerade heute viel Mut und Energie arme Menschen immer wieder zu motivieren, sich für ihre eigenen Interessen zu engagieren (genau so wie bei den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern).

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung möchte ich die wesentlichen Veränderungen zusammenfassen, die ich in Hessen wahrnehme:

- Gemeinwesenarbeit hat sich zum Teil von den Bewohnerinnen und Bewohnern lösgelöst und unabhängig von ihnen sich mit Planungsfragen für die Bewohner befaßt. Sie nimmt häufig eine anwaltliche Rolle ein und macht sich weniger Gedank-

en über das Mitnehmen der Bewohnerinnen und Bewohner in sie betreffende Angelegenheiten. So hat vielleicht die Zunahme von Greniarbeit auch zu einer Abnahme der Konfliktbereitschaft geführt. Es gibt nicht wenige Kolleginnen und Kollegen, die "Gemeinwesenarbeit" gut ohne Bewohnerinnen und Bewohner machen könnten.

- Die Entwicklung einer hohen Differenzierung der Bewohnerschaft, z.B. durch Zunahme des Anteils ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, allgemeiner Individualisierung der Gesellschaft und Endsolidarisierungsprozesse machen es schwieriger, gemeinsame Interessen zu definieren und für sie etwas zu unternehmen. Dies führt zu einer Unsicherheit in der Rolle der Gemeinwesenarbeit, die häufig zwischen verschiedenen Interessengruppen zu vermitteln hat (Moderatorenrolle versus Parteilichkeit).

- Die Wohnsituation in den Siedlungen und die soziale Infrastruktur hat sich vielerorts, auch durch Gemeinwesenarbeit und Bewohneraktivitäten, wesentlich verbessert. Dennoch oder vielleicht gerade deshalb, sind Siedlungen nicht aus ihrer Isolation herausgekommen (Spiel- und Lernstuben bzw. GWA-Büros in ehemaligen Wohnungen). Eine Verknüpfung mit angrenzenden Stadtteilen, ist häufig selbst da wo dies räumlich möglich gewesen wäre, selten gelungen.

- Durch Wohnungsnot, zunehmende Obdachlosigkeit und immer stärkere Ausgrenzung sog. Randgruppen wird diese Tendenz

- der Isolation- und Perspektivlosigkeit eher wieder verstärkt.
- Die Arbeit mit Frauen hat zum Teil langjährige Tradition. Sie sind in der Regel auch die aktiven Mitstreiterinnen in der Siedlung. Zu dieser tendenziellen Emanzipation der Frauen (durch Frauengruppen, Frauenbildungsarbeit), gibt es keine vergleichbare Entwicklung bei den Männern. (Männergruppen sind eine Seltenheit). Aber warum sollte es im Brennpunkt anders sein, als in der übrigen Gesellschaft?
 - Aus der Erkenntnis beruflicher Perspektivlosigkeit für Jugendliche, Männer und Frauen, wurden Beschäftigungsprojekte eingerichtet, zum Teil Brennpunktbezogen zum Teil Stadtübergreifend in unterschiedlicher Trägerschaft. Damit gelang es, Pflichtarbeit nach dem BSHG weitgehend zurückzudrängen. Die Entwicklung scheint sich jedoch in der letzten Zeit wieder umzukehren.
 - Neue Ansätze in der Jugendbildungsarbeit wurden entwickelt (Rockmobil).
 - Sozialabbau, Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot treffen immer breitere Teile der Bevölkerung. Es entstehen neue soziale Brennpunkte, bzw. Arme wohnen isoliert in Stadtteilen, in denen die soziale Grundversorgung häufig weniger ausgebaut ist wie in den traditionellen Sozialen Brennpunkten. Es haben sich in verschiedenen Städten Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen entwi-

- ckelt, die - nur z.Teil stadtteilbezogen - neben den Wohlfahrtsverbänden Menschen Beratung und Unterstützung anbieten.
- Es gibt vielfältige Vernetzungsstrukturen auf Siedlungs-, Stadtteil-, Stadt-, Landes- und Bundesebene (Stadtteilarbeitskreise, Landes und Bundesarbeitsgemeinschaften soziale Brennpunkte, BAG Sozialhilfeeinitiativen, Armutskonferenzen).
 - Als letztes Stichwort möchte ich hier noch das starke Stadt-Land-Gefälle in der Entwicklung der Brennpunktarbeit anführen.
- Auf dem Hintergrund dieser Veränderungen in den letzten 20ig Jahren, wird z.Zt. der Erlass des Hessischen Sozialministers zur Arbeit in Sozialen Brennpunkten überarbeitet.

3. Zentrale Anforderungen an Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten

Ich formuliere diese Anforderungen, obwohl ich weiß, daß die örtliche Situation jeweils sehr unterschiedlich ist und es auch in Hessen eine grobe Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung gibt. Es geht mir nicht um das Vorstellen überall übertragbarer Handlungsanweisungen, sondern es möge sich jede und jeder überlegen, welche Aspekte für ihn oder sie in der Arbeit wichtig sein können.

a) In den Wohngebieten/Stadtteilen

- Ich halte eine Rückbesinnung auf die Bewohnerinnen und Bewohner für erforderlich. Sie wissen am besten, was sie brauchen. Hierzu braucht es Räume und Orte, wo wir ihnen begegnen. Themen, Probleme, Konflikte, zu denen sich Gruppen treffen, Veranstaltungen mit ihnen organisieren lassen, gibt es genug. Greifen wir doch die heiße Diskussion zwischen Sozialhilfeberechtigung und noch Erwerbstätigkeit auf, diskutieren wir über das Verhältnis von Deutschen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Siedlung und im Stadtteil? Vielleicht müssen wir uns als Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit einer neuen Rolle anfreunden: Mit der Rolle des Moderators der Moderatorin zwischen verschiedenen Interessen. Wir sollten immer überlegen, welches Thema unmittelbar siedlungsbezogen und welches stadtteilübergreifend, diskutiert werden kann.
- Die Gemeinwesenarbeit muß sich wegentwickeln von den Provisorien. Der Bedarf an sozialen Einrichtungen eines Sozialen Brennpunktes sollte im Zusammenhang mit der gesamten sozialen Grundversorgung eines Stadtteils gesehen werden. Schalten wir uns ein in die Stadtteilentwicklungslungsplanung z.B. über die Mitarbeit an einem Stadtteilarbeitskreis. Wenn es ihn noch nicht gibt, müssen wir ihn ins Leben rufen.

- Ich sprach von der Notwendigkeit von Räumen und Orten. Öffnen wir z.B. die Räume der Kindertagesstätte als Treffpunkt für Eltern, aus dem sich verschiedene Initiativen entwickeln könnten (z.B. morgendlicher Kaffeetreff für Mütter).

- Die erkannten geschlechtsspezifischen, unterschiedlichen Interessen von Frauen und Mädchen auf der einen und Männern und Jungens auf der anderen Seite, sollten sich in den Angeboten der Gemeinwesenarbeit niederschlagen (geschlechtsspezifische Aspekte durchgängig mitdenken - was bedeutet ein Vorgang für Frauen, für Männer)?

- Die Perspektive und Entwicklungsmöglichkeit einer Siedlung muß geklärt werden. Bieten sich anhand ihrer Lage und Struktur langfristige, positive Entwicklungsmöglichkeiten, ist sie unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner umfassend zu sanieren. Dabei ist die Möglichkeit der Einrichtung eines Beschäftigungsprojektes zu prüfen.
- Bieten sich dahingehend keine Perspektiven, erfordert auch dies eine Planung mit Bewohnerinnen und Bewohnern, Kommune und Sozialplanern und natürlich allen, die in der Siedlung tätig sind über Alternativen.

b) Gemeinwesenarbeit im Stadtteil

- Auch wenn ich im vorangegangenen Punkt mehrfach auf den Stadtteilbezug hingewiesen habe, möchte ich ihn hier noch einmal besonders hervorheben. Ich halte diesen As-

pekt in der Brennpunktarbeit für besonders wichtig, weil es nicht auf Dauer sein kann, daß eine Obdachlosensiedlung, ein Sozialer Brennpunkt isoliert bearbeitet, 'gepflegt wird'. Sie haben diese Einsicht auch in ihrem Konzept benannt. Ich kann sie nur voll unterstreichen. Doch wie könnte die Umsetzung konkret aussehen? Hier einige Beispiele: Soziale Dienste im Stadtteil sollten nutzbar gemacht werden für die Siedlung (nicht alles selbst machen wollen), alle Maßnahmen für den Stadtteil sollten auf ihre Relevanz für die Siedlung überprüft werden (wie und wo wird z.B. ein Bürgerhaus geplant? nützt es auch den Siedlungsbewohnern?), bei Initiativen im Stadtteil gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sollte überlegt werden, ob Brennpunktbewohner hier mit einbezogen werden können. Bei der Koordination solcher Aufgaben spielt der bereits genannte Stadtteilarbeitskreis eine wichtige Rolle. (Kirchengemeinden einbeziehen!)

c) Armutsentwicklung in der Stadt oder Gemeinde

Wer in einem Sozialen Brennpunkt oder Stadtteil arbeitet ist nahe dran an der Armutsentwicklung, spürt den Druck der allgemeinen Wohnungsnot und Zunahme von Obdachlosigkeit auf die Siedlung, auf den Stadtteil, bekommt mit was es bedeutet wenn Menschen von immer weniger Sozialhilfe leben müssen. Diese Kenntnisse sollten nutzbar gemacht werden auf kommunaler Ebene: durch Einbringen in

die Gremien der Träger und über die Träger in die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, die kommunale Sozial- und Jugendhilfeplanung, die Parteien. Gute Voraussetzung dafür bietet die institutionalisierte, örtliche, trägerübergreifende Zusammenarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Sozialen Brennpunkten (Arbeitskreis Soziale Brennpunkte).

d) "Gemeinwesenarbeit" auf Landes- und Bundesebene

Sie haben mit Ihrer Arbeitsgemeinschaft bereits eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, daß Brennpunktarbeit überregional koordiniert wird. Wichtig wäre meines Erachtens, daß ihre Erfahrungen auch über die Trägerstrukturen Politik auf Landes und Bundesebene erreichen und möglichst beeinflussen. Parallel zu diesen Strukturen, haben wir in Hessen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte, unter Einbeziehung von Bewohnerinnen und Bewohner als eigenständigen Verein mit den entsprechenden Handlungsmöglichkeiten, gute Erfahrungen gemacht. Ich weiß aber auch, daß diese Erfahrungen - wie oben beschrieben - nicht ohne weiteres auf die anderen Bundesländer übertragbar sind.

Sie werden nun fragen, wie ein solches Konzept überhaupt umsetzbar ist. Wir sind in Hessen dabei, Abschied zu nehmen von der Vorstellung, daß Gemeinwesenarbeit mit den oben be-

Schriebenen Aufgaben in gleicher Weise von jedem Mitarbeiter, jeder Mitarbeiterin in den bestehenden Sozialdiensten in den Sozialen Brennpunkten geleistet werden kann. Wir halten dies für eine Überforderung. Wer z.B. gut mit Kindern arbeitet, kann kaum in der gleichen Weise kompetent sein für die Moderation einer Veranstaltung. Deshalb unterschieden wir zunehmend klarer zwischen der 'Gemeinwesenorientierung' von Kinder-, Jugend- und Erwachsenenorientierungen und den speziellen Aufgaben einer 'Gemeinwesenarbeit', die in Teamarbeit zusammengeführt werden muß. Das bedeutet aber nicht, daß sich jetzt einige beruhigt zurücklegen können und sagen, daß haben wir nicht, das kriegen wir auch nicht so schnell.

Zum Schluß meiner Ausführung möchte ich stichwortartig einige Anforderungen an Träger und Einrichtungen formulieren die ich als wichtig betrachte, um ein solches Konzept umsetzen zu können:

4. Anforderungen an Träger und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter von Einrichtungen in Sozialen Brennpunkten

a) Anforderungen an Träger:

- Umorganisation der verschiedenen Dienste im Hinblick aus Stadtteile, Abkehr von der Illusion der Flächendeckung, Schwerpunktsetzung!
- (Gerade auch wegen der Finanzprobleme!)

- Gemeinwesenorientierung als Handlungsansatz für den gesamten Verband begreifen (oder mindestens für die Teile die hierfür offen sind, Angebot von Fortbildung und Fachberatung). Gemeinwesenorientierung der Dienste gibt es nicht zum Nulltarif! Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen Freiräume dafür. Ein umfassender "Dienst am Kind" - in einer KITA z.B. - ermöglicht keine Gemeinwesenorientierung

- sich in Politik für und mit den Armen auf allen Ebenen des Verbandes einlassen, Konflikte nicht scheuen (Verteilungsfragen ansprechen), Notwendigkeit von Öffentlichkeitsarbeit; Position beziehen! (CV-Armut-Untersuchung)

- eigenen Haushalt daraufhin überprüfen, inwieweit Ressourcen für Gemeinwesenarbeit, gegebenenfalls zusammen mit anderen Verbänden vorhanden sind, selbstverständlich auch den Bedarf auf kommunaler- und Landesebene anmelden, (Regelfinanzierung/Projektfinanzierung) Transport der Anforderungen aus den Siedlungen/Stadteilen bzgl. Sanierung und Gemeinschaftseinrichtungen, Beschäftigungsprojekte, weg von Provisorien!

- Bündnispartner suchen, sich an Armutsbündnissen beteiligen
- Selbstorganisation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Bewohnerinnen und Bewohner unterstützen (LAG, BAG).

b) Anforderungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen

- Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren Kompetenzen und nicht primär mit ihren Defiziten wahrnehmen, sich lösen von lieb gewordenen Provisorien, Fortbildungsangebote für Gemeinwesenarbeit wahrnehmen, überzeugt sein von der eigenen Professionalität, persönliche Erfahrungen in der Arbeit in größere Zusammenhänge einbringen, Bereitschaft zur Zuarbeit zum Träger, damit dieser die Anliegen kennt und unterstützen kann, (wieder) politisches Verständnis der Arbeit entwickeln, weg vom Anspruch nur für sog. sozial Schwache da zu sein, (Entwicklung eines Integrationskonzeptes; d.h. Öffnung der Arbeit, aber gleichzeitig Stärkung derjenigen, die Stärkung brauchen).

zum Schluß

Mein Beitrag sollte Anregungen für die Umsetzung Ihres Konzeptes geben und Mut machen, dranzubleiben. Wichtig scheint mir, daß Sie - jeder für sich - überlegen, wo sie stehen, was Sie konkret verändern wollen, was Sie schon verändertert haben, woran Veränderung scheitert und das Sie sich konkrete Schritte vornehmen.

Anmerkung: Dieses Referat wurde nur z.T. im Wortlaut vorgetragen. Einige Aussagen wurden um persönliche Erfahrungen des Referenten und weitere Erläuterungen ergänzt.

Einen herzlichen Dank an meinen Kollegen Lothar Stock für die kritische und konstruktive Begleitung bei der Überarbeitung des Manuskriptes und an meine Kollegin Monika Lorenz für die gute und schnelle Arbeit am Computer!
Jürgen Mater